

## **„What's left in Germany? Pirate Party, Left Party, and the upcoming elections“**

Ich werde über Netzpolitik in Deutschland, die Piratenpartei und unter diesem Aspekt über die Bundestagswahlen sprechen.

Raju Sharma wird sich dann der LINKEN in Deutschland und den kommenden Bundestagswahlen zuwenden.

### 1. Netzpolitik in Deutschland

Ich will mit der Netzpolitik in Deutschland beginnen, weil diese für das Verständnis der Piratenpartei und ihren Chancen bei der nächsten Bundestagswahl von erheblicher Bedeutung ist. Ich will dafür 3 Thesen in den Raum stellen, damit es auch wirklich etwas zum diskutieren gibt.

*These 1: Netzpolitik in Deutschland ist mittlerweile bei den im Bundestag vertretenen Parteien angekommen. Keine der im Bundestag vertretenen Parteien kann es sich mehr leisten das Thema unbearbeitet zu lassen.*

Das war nicht immer so. Lange Zeit galt die Auseinandersetzung mit dem Internet als ein Thema für nervende Spezialisten. Es war ein klassisches Randthema. Doch als die Regierung von CDU und SPD im Jahr 2010 ein „Gesetz zur Erschwerung des Zugangs zu kinderpornographischen Inhalten in Kommunikationsnetzen“ beschloss, führte dies zu einem Proteststurm, weit über die sog. Internetcommunity hinaus. Mit diesem Gesetz sollte die Möglichkeit geschaffen werden, Internetseiten zu sperren. Das Gesetz wurde praktisch nie angewendet und von der neuen Regierung aus CDU und FDP schließlich wieder abgeschafft.

Das Thema Internet gelangte zunehmen in den Fokus der politischen Debatten, die Piratenpartei bekam Aufmerksamkeit und angesichts des nicht mehr zu übersehenden gesellschaftlichen Wandels (alltägliche Nutzung des Internets, Übergang von der Industriegesellschaft in die Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft) setzte der Bundestag eine eigene Enquete „Internet und digitale Gesellschaft“ ein.

Eine Enquete ist eine Art Ausschuss, der sich aber nicht um laufende parlamentarische Angelegenheiten kümmert, sondern Themen grundsätzlich bearbeiten soll und Empfehlungen ausspricht. Deshalb ist eine Enquete zu gleichen Teilen aus Parlamentarier/innen und Experten/innen zusammengesetzt, welche von den im Bundestag vertretenen Parteien benannt werden. Es obliegt dann dem Parlament, ob es diese Empfehlungen umsetzt oder nicht. 75,6% der Deutschen nutzten im Jahr 2012 das Internet.<sup>1</sup> Dabei zeigt sich aber durchaus eine soziale Differenzierung, denn die Nutzung des Internets beträgt bei Haushalten mit einem Einkommen unter 1.000 EUR lediglich 54,2%, während die Nutzung des Internets bei Haushalten mit einem Einkommen über 3.000 EUR 92,7% beträgt. Es gibt quasi keinen Bereich mehr, der nicht von der Digitalisierung betroffen ist.

---

<sup>1</sup> Vgl. (N)Onliner Atlas 2012

Diese Entwicklung zu ignorieren, kann sich keine Partei mehr leisten. Deswegen haben mittlerweile alle im Bundestag vertretenen Parteien netzpolitische Sprecher/innen und umfassende Positionsbestimmungen zum Thema Netzpolitik ausgearbeitet und vorgelegt.

*These 2: Die im Bundestag vertretenen Parteien mit Ausnahme der LINKEN machen Netzpolitik nach einer engen Definition.*

Es gibt wohl keine allgemeingültige Definition was Netzpolitik ist und womit sie sich zu beschäftigen hat. Zwischen allen Parteien unumstritten ist, dass Netzpolitik mehr ist als die Debatte um ein zeitgemäßes Urheberrecht.

Zur engen Definition von Netzpolitik gehört aus meiner Sicht die Beschäftigung mit den Themen Netzneutralität, Datenschutz, Überwachung, Breitbandausbau und Urheberrecht. Die weitere Definition versteht Netzpolitik als Gesellschaftspolitik, d.h. sie betrachtet die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Gesellschaft und vor allem den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft. Sie hat die Folgen der Digitalisierung im Blick zum Beispiel auf die Arbeitswelt, die sozialen Sicherungssysteme und stellt die Frage des sozial gerechten Zugangs zum Internet.

DIE LINKE verfolgt diesen weiten Ansatz von Netzpolitik und den Grundsatz, dass es jedem und jeder möglich sein muss das Internet zu nutzen. Mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung gemeinsam führen wir seit zwei Jahren deshalb die Konferenz „Netz für Alle“ durch. Hier ist nicht der Ort und die Zeit die Netzpolitik der LINKEN im Detail vorzustellen, dennoch will ich zwei zentrale Punkte der Netzpolitik der LINKEN in ihrer weiten Definition erwähnen. Wir fordern das ein Computer zum soziokulturellen Existenzminimum gehören muss, d.h. nicht pfändbar sein darf. Darüber hinaus fordern wir, dass Menschen die das Internet nicht nutzen können und wollen bei den lebensnotwendigen Dienstleistungen nicht schlechter gestellt werden dürfen als Internetnutzer/innen. Dies betrifft zum Beispiel Extrakosten für Kontoauszüge.

*These 3: Im Rahmen der engen Netzpolitik verlaufen die Differenzen vor allem zwischen der Union und den anderen im Bundestag vertretenen Parteien. Hierbei ist aber zu berücksichtigen, dass SPD und FDP ambivalente Positionen vertreten.*

Hier ist weder Ort und Zeit im Detail die Differenzen zwischen den im Bundestag vertretenen Parteien im Bereich der engen Netzpolitik darzustellen. Ich werde dies an den Punkten Netzneutralität, Datenschutz, Überwachung, Breitbandausbau und Urheberrecht kurz skizzieren. Dabei komme ich um gewisse Vereinfachungen nicht umhin. Ich will aber anmerken, dass es häufig zwischen den Netzpolitiker/innen in den im Bundestag vertretenen Parteien wenig Differenzen gibt, die Netzpolitiker/innen von Union, FDP und SPD aber häufig parteiinterne Konflikte mit ihren Rechts- und Innenpolitiker/innen haben.

Der Bericht der Projektgruppe Urheberrecht der Enquete wird ins Englische übersetzt so das wir ihn über die Rosa-Luxemburg-Stiftung bei Interesse sicherlich zur Verfügung stellen können.

## a) Netzneutralität

Was Netzneutralität meint, muss ich glaube ich hier nicht erklären, ihr selbst habt ja hier eine heftige und umfassende Debatte zu diesem Thema. Die Telekommunikationsanbieter in Deutschland behaupten ständig, dass die Netze überlastet sind und nehmen deshalb Priorisierungen vor. Daten der angeblichen Überlastung haben sie bislang nicht vorgelegt. Die Priorisierung soll nach dem Modus erfolgen, wer extra Zahlungen leistet, dessen Datenpakete werden vorrangig behandelt. Die Oppositionsparteien (also SPD, Bündnis 90/DIE Grünen, LINKE) fordern die gesetzliche Festschreibung der Netzneutralität<sup>2</sup>, die Regierungsparteien gehen davon aus, dass der Markt die Angelegenheit regeln wird.

## b) Datenschutz

Datenschutz ist in Deutschland ein sehr sensibles Thema. Das höchste Deutsche Gericht hat im Jahr 1983 ein Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung aus dem Grundgesetz abgeleitet. Jede und jeder soll grundsätzlich frei entscheiden können welche Daten er preis gibt und wer auf seine bzw. ihre Daten Zugriff hat.

Das Internet ermöglicht nun –jenseits der sozialen Netzwerke- ganz neue Methoden der Datenerhebung, des Datenaustausches und der Datenbeibehaltung.

Während die Union und Teile der SPD auf eine Regelung drängen, nach der anlasslos die Daten von Internetnutzer/innen gespeichert werden dürfen, versucht sich die FDP in einem Kompromiss, dem sog. Einfrieren von Daten über einen Zeitraum von 7 Tagen. Bündnis 90/Die Grünen und LINKE lehnen die Vorratsdatenspeicherung grundsätzlich ab. Diese Debatte um die sog. Vorratsdatenspeicherung ist noch nicht beendet.

Unter dem Sichtwort „Staatstrojaner“ wird die verdeckte Online-Durchsuchung durch staatliche Stellen bezeichnet. Hier will vor allem die Union den Einsatz, während die FDP dies durchaus kritisch sieht. Die SPD fordert vor allem Rechtssicherheit beim Einsatz desselben<sup>3</sup> während Bündnis 90/Die Grünen und LINKE dieses Instrument ablehnen.

Zwar war die Enquete sich einig, dass der Grundsatz „Privacy by Default“ im Grundsatz zu begrüßen ist. Sie hat aber mehrheitlich lediglich begrüßt, dass Anbieter sich freiwillig zur Umsetzung des Grundsatzes verpflichtet haben. Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE hingegen schlagen vor, die Anbieter grundsätzlich auf die höchstmögliche Datenschutzeinstellungen zu verpflichten.<sup>4</sup> Für soziale Netzwerke wird von der gesamten Enquete eine gesetzliche Festschreibung des Grundsatzes gefordert.<sup>5</sup>

## c) Überwachung

Eng mit dem Thema Datenschutz verbunden ist die Frage der Überwachung der Bürgerinnen und Bürger. Ich zähle dies hier aber extra auf, weil eine Erkenntnis der netzpolitischen Debatten ist, dass die Gefahr der Überwachung nicht nur vom Staat,

---

<sup>2</sup> vgl. Bundestagsdrucksache 17/8536, Seite 45

<sup>3</sup> vgl. <http://www.gulli.com/news/17496-spd-fordert-staatstrojaner-gesetz-2011-11-12>

<sup>4</sup> vgl. Bundestagsdrucksache 17/8999, Seite 55

<sup>5</sup> a.a.O., S. 56

sondern auch von privaten Anbietern ausgeht. In Ergänzung zu den bereits zitierten Positionen zur Vorratsdatenspeicherung und dem Staatstrojaner will ich hier nur zwei Themen ganz kurz nennen.

Hinsichtlich der Frage des „Rechts auf Anonymität im Netz“ sind es vor allem Rechts- und Innenpolitiker/innen der Union, die es immer wieder in Frage stellen. Derzeit ist die Pflicht zur Ermöglichung der anonymen bzw. pseudonymen Nutzung von Telemedien (und ihrer Bezahlung) noch gesetzlich festgelegt. Die Enquete selbst hat formuliert: „Die Wahrung der Anonymität gehört in der analogen Welt zu einem selbstbestimmten Leben. Diese Möglichkeit muss auch im Internet gegeben sein.“<sup>6</sup>

Die Enquete hat formuliert, dass sie Netzsperrern und das Blockieren von Inhalten für ein ungeeignetes Instrument zur Bekämpfung illegaler Inhalte und Kriminalität im Netz hält.<sup>7</sup> Auch insoweit muss aber angemerkt werden, dass es immer wieder Vorstöße von Rechts- und Innenpolitiker/innen der Union gibt diese Positionierung in Frage zu stellen.

#### d) Breitbandausbau

Bei der Frage des Breitbandausbaus geht es im wesentlichen um die Frage, inwiefern jede und jeder die Möglichkeit bekommt Zugang zum (schnellen) Internet zu bekommen. Hierbei ist festzustellen, dass in den Städten der Zugang zum schnellen Internet recht gut gegeben ist, auf dem flachen Land und in weniger besiedelten Gebieten stellt dies ein erhebliches Problem dar.

Die Oppositionsparteien fordern hier eine Universaldienstverpflichtung und einen schnellen Zugang zum Internet, die Regierungsparteien sehen auch hier die Lösung im Markt.

Das Thema Glasfasernetzanschluss wäre noch ein separates Thema, was ich aber aus Zeitgründen auslasse.

#### e) Urheberrecht

Das Thema Urheberrecht wäre ebenfalls einen eigenen Vortrag wert. Hier kann vielleicht der Konflikt am besten so beschrieben werden, dass vor allem die Union –bei der FDP ist das differenzierter- auf die im Zweifelsfall auch strafrechtliche sanktionierte Einhaltung des geltenden Urheberrechts setzt, während die Oppositionsfraktionen eine Anpassung des Urheberrechts an das digitale Zeitalter fordern. Hier geht es vor allem darum, dass Nutzer/innen und Urheber/innen in ihren Rechten gegenüber den Verwerter/innen gestärkt werden.

Eine zentrale Auseinandersetzung ist dabei die Debatte um die sog. Störerhaftung. Dies meint, dass wer sein W-LAN nicht ausreichend sichert für Urheberrechtsverstöße Dritter in Anspruch und Haftung genommen werden kann. Ein weiteres in diesem Zusammenhang stehendes Problem sind die sog. Abmahnfälle. Hier werden für kleinste Urheberrechtsverletzungen Menschen mit unglaublich hohen

---

<sup>6</sup> Bundestagsdrucksache 17/8999, Seite 29

<sup>7</sup> vgl. Bundestagsdrucksache 17/8583, Seite 34

Schadensersatzforderungen überzogen, geschrieben von Anwaltskanzleien defacto auf einem Vordruck. Da sich die Anwaltsgebühren nach der geltend gemachten Schadenshöhe richten, ist dies ein einträgliches Geschäft. Während zu beiden Problemfeldern die Oppositionsparteien bereits Lösungsvorschläge haben, gibt es vor allem bei der Union zunächst nur ein Problembewusstsein, aber noch keinen konkreten Lösungsvorschlag.

## 2. Die Piratenpartei

Hinsichtlich der Piratenpartei will ich Thesen aufstellen, die durchaus provokativ sind, hoffe ich zumindest.

*These 1: Die Piratenpartei ist keine linke Partei.*

Wer diese These aufstellt, müsste eigentlich erst einmal definieren, was unter „links“ zu verstehen ist. Ich verstehe darunter die Verbindung von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit. Doch um die These zu unterlegen, dass die Piratenpartei keine linke Partei ist, muss gar nicht auf diese Definition eingegangen werden.

Die Piratenpartei wurde am 10. September 2006 in Berlin gegründet.

Derzeit hat sie in den Landtagen Berlin, Saarland, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein vertreten.

Die Piratenpartei sagt von sich selbst: „Die Piratenpartei umspannt alle gesellschaftlichen Schichten und gehört keinem traditionellen politischen Lager an. (...)Wir wollen die Freiheit des Einzelnen bewahren. Der Schutz der Privatsphäre und die Gerechtigkeit in einer modernen Welt sind hohe Güter, welche wir energisch einfordern. Grundlegend wichtig sind für uns Bildung, Wissen und Kultur sowie der freie Zugang dazu. Wir stehen für die Mitbestimmung der Bürger an den Entscheidungen der Politik. Verwaltungen müssen transparenter handeln. Informationelle Selbstbestimmung und Datensparsamkeit zum Schutz jedes Einzelnen sind wichtige Elemente unserer Politik. Nachhaltiger Umgang mit den natürlichen Ressourcen und eine dem Gemeinwohl dienende Infrastruktur sind nach unserer Ansicht für uns Bürger zukunftsentscheidend. Die digitale Revolution bietet progressive Möglichkeiten für unsere Demokratie, die wir breit etablieren werden. Die Grundlage für all dies ist das »Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe.«<sup>8</sup>

Das Parteiprogramm der Piratenpartei<sup>9</sup> wird regelmäßig auf den Parteitagen ergänzt. Ausweislich der Präambel, will sich die Piratenpartei auf die im Programm genannten Themen konzentrieren. Bei den im Programm genannten Themen fehlen aber aus meiner Sicht für eine linke Partei schlichtweg konstituierende Themen wie:

- Wirtschafts- und Finanzpolitik
- Steuerpolitik
- Außenpolitik
- Soziale Sicherungssysteme

---

<sup>8</sup> <http://www.piratenpartei.de/politik/> (abgerufen am 31.12.12)

<sup>9</sup> <http://www.piratenpartei.de/wp-content/uploads/2012/02/Grundsatzprogramm-Piratenpartei.pdf> (abgerufen am 31.12.12)

- Wohnen
- Öffentliche Daseinsvorsorge

Die Piratenpartei deckt mithin von den für eine linke Partei aus meiner Sicht konstituierenden Themen Freiheit und soziale Gerechtigkeit das Thema Freiheit ab, vernachlässigt aber das Thema soziale Gerechtigkeit.

*These 2: Auch die Piratenpartei vertritt eher die enge Definition von Netzpolitik. Dabei ist sie bei den benannten Themen den im Bundestag vertretenen Oppositionsparteien näher als den Regierungsparteien.*

In den derzeit vorliegenden Wahlprogrammforderungen<sup>10</sup> schreiben die Piraten u.a.:

- Ablehnung der verdachtsunabhängigen Durchleuchtung der Bürger und des gläsernen Kunden, grundsätzliche Ablehnung der Vorratsdatenspeicherung
- datenschutzfreundliche Voreinstellung aller Produkte und Dienstleistungen (Privacy by Default)

Im Parteiprogramm werden diese Forderungen ergänzt durch folgende Forderungen:

- Neutralität und Gleichbehandlung aller Nutzer durch die Netzbetreiber durch staatliche Regulierung sicherstellen
- staatlichen Zwang zur Filterung oder Manipulation der übertragenen Daten darf es nicht geben
- Analyse der zu übertragenden Daten mittels Deep Packet Inspection darf vom Staat nicht verlangt werden
- Recht auf Anonymität

Insbesondere bei den Forderungen im Parteiprogramm ist erkennbar, dass hier häufig gegen staatlichen Zwang –zu Recht- Widerspruch angemeldet wird, nicht aber eine Lösungsidee entwickelt wird. Es bleibt also offen ob beispielsweise gesetzliche Verbote gefordert werden.

Grundlage des Bundestagswahlprogramms der Piraten im Hinblick auf das Urheberrecht soll eine längeres Papier<sup>11</sup> sein. Ohne auf die Details eingehen zu können bewegt sich das Papier im wesentlichen im Bereich dessen, was DIE LINKE und zum Teil Bündnis 90/DIE Grünen auch gefordert haben. Allerdings ist anzumerken, dass hinsichtlich des Urhebervertragsrechtes, also des Rechtes in welchem es um die Verhandlungsposition des/der Urheber/in gegenüber Verwerter/innen geht soweit recherchierbar keine Vorschläge gibt.

Auffällig ist darüberhinaus, dass konkrete Vorschläge und Ideen zum Beispiel zum Breitbandausbau nicht vorliegen.

*These 3: Die von der Piratenpartei propagierte Basisdemokratie und Offenheit der politischen Entscheidungsfindung war inspirierend für die gesamte Politik, stößt aber mittlerweile an ihre Grenzen.*

---

<sup>10</sup> [http://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl\\_2013/Wahlprogramm](http://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl_2013/Wahlprogramm) (abgerufen am 31.12.12)

<sup>11</sup> [http://wiki.piratenpartei.de/wiki/images/0/07/UrhG\\_Arguments\\_FassungBPT2011-2.pdf](http://wiki.piratenpartei.de/wiki/images/0/07/UrhG_Arguments_FassungBPT2011-2.pdf) (abgerufen am 31.12)

Ein zentraler Punkt für die Piratenpartei ist ihre Basisdemokratie. Diese Idee hat die Piratenpartei für viele sympathisch gemacht.

Es ist das Verdienst der Piratenpartei, dass in allen Parteien über mehr direkte Einflussmöglichkeiten der Mitglieder geredet und mehr Öffentlichkeit über Gremiensitzungen hergestellt wird.

Die Piratenpartei stößt aber mittlerweile an die Grenzen dessen, was sie versprochen hat. Obwohl die Piratenpartei ein Online-Werkzeug entwickelt hat, mit welchem die Mitglieder Entscheidungen treffen können, weisen Programm und Wahlprogramm viele weiße Flecken auf. Die Piratenpartei ist an vielen Stellen sprachlos, auch weil in ihrem Selbstverständnis gewählte Personen die Position der Partei wiedergeben sollen. Wenn die Partei aber keine Position hat, wird dies schwierig.

Darüber hinaus gibt es aber auch ein anderes Problem. Die Parteitage der Piratenpartei finden nicht als klassischen Delegiertenversammlungen, sondern als Mitgliederversammlungen statt. Selbst wenn man diesen Ansatz sympathisch finden sollte, gibt es damit dennoch ein Problem. Die Teilnahme an Parteitagen ist nur den Mitgliedern möglich, die es sich finanziell leisten können, zumindest solange wie keine Fahrtkostenerstattung und Übernahme der Übernachtungskosten stattfindet.

### 1. Die anstehenden Bundestagswahlen

Bei den anstehenden Bundestagswahlen wird es im wesentlichen darum gehen, ob es eine weitere Regierungszeit unter der Kanzlerin Angela Merkel geben wird oder eine andere Konstellation Deutschland regiert.

Vermutlich wird die Auseinandersetzung um die Frage kreisen, ob es weiter Schwarz (CDU)-Gelb (FDP) oder Rot (besser Rosa, SPD)-Grün (Bündnis 90/Die Grünen) geben wird. DIE LINKE wird an dieser Stelle –aber dazu wird Raju etwas sagen- versuchen deutlich zu machen, dass es eine andere Politik nur geben kann, wenn sie ebenfalls im Bundestag vertreten ist.

Es geht vereinfacht gesagt um die Frage, ob es in Deutschland weiter eine konservative Mehrheit gibt oder einen Ansatz für eine andere Politik.

*These 1: Allein wegen Netzpolitik werden die Piraten bei der Bundestagswahl kaum gewählt werden.*

Ein vermeintliches Alleinstellungsmerkmal der Piraten –Netzpolitik- ist in den vergangenen vier Jahren verloren gegangen. Die im Bundestag vertretenen Parteien haben das Thema Netzpolitik aufgegriffen und durchaus Vorschläge unterbreitet die inhaltlich nicht hinter den Vorschlägen der Piraten zurückbleiben. Ich verweise dazu auf das bereits gesagte. Insoweit lohnt es sich aus meiner Sicht für Wählerinnen und Wähler nicht die Piratenpartei zu wählen, um netzpolitische Positionen durchzusetzen.

*These 2: Das Thema Netzpolitik wird im Wahlkampf keine zentrale Rolle spielen.*

Obwohl das Internet allgegenwärtig ist, wird es nach meiner Einschätzung keine zentrale Rolle im Wahlkampf spielen. Wenn überhaupt wird es eher im Rahmen von Querverbindungen zu Wahlkampfthemen eine Rolle spielen.

Dies dürfte für die Piratenpartei ein Problem darstellen, weil sie zum einen mit dem Internet assoziiert werden –obwohl auch die anderen Parteien das Thema Netzpolitik aufgegriffen haben- und zum anderen vor dem Hintergrund der programmatischen Unklarheit dem und der Wähler/in nicht klar sein wird, wofür die Piraten eigentlich stehen.

*These 3: Die Wähler/innen interessieren konkrete Antworten auf konkrete Fragen. Diese Antworten kann die Piratenpartei nur unzureichend geben.*

Für die Wähler/innen ist eine Selbsteinschätzung einer Partei nicht unwichtig, insbesondere vor dem Hintergrund der benannten Frage, wer die Deutschland nach der Bundestagswahl regiert. Soweit für mich recherchierbar gibt es aber hinsichtlich dieser Frage überhaupt keine Auskunft der Piratenpartei.

Im Bundestagswahlkampf werden aus meiner Sicht die steigenden Mieten insbesondere in den Großstädten, die Frage der Umverteilung von Reichtum, die Frage der Beteiligung an Kriegseinsätzen und die Krise des Euro die zentralen Themen sein.

Erste Wahlprogrammpolitische Aussagen der Piraten liegen vor<sup>12</sup>.–was auch bei den anderen Parteien noch nicht der Fall ist- wird auf die Aussagen im Programm der Piratenpartei Bezug genommen.

#### a) Mieten

Im Rahmen des Wahlprogramms heißt es bei den Piraten zum Punkt Mieten u.a.: „Wir setzen uns für eine sozial ausgewogene Verteilung von Wohnungsbeständen in Stadtgebieten (...) ein. Fördermittel für Wohnungsbau und Sanierungen sind ein wirksames Instrument zur Steuerung des Wohnungsbaus. Sie sollen aber an Kriterien hinsichtlich Umweltfreundlichkeit und Barrierefreiheit gekoppelt werden. Wir sind für flächendeckende qualifizierte Mietspiegel, um unverhältnismäßige Mietpreisentwicklungen zu dämpfen. Wir fördern Maßnahmen zur Unterstützung privater Bauherren während der Planungs- und Bauphase.“

An dieser Stelle wird aus meiner Sicht die Ambivalenz der Politik der Piratenpartei deutlich. Jenseits der Tatsache, dass die Forderungen reichlich unkonkret sind will ich zwei Punkte herausgreifen, die für eine linke Partei relevant wären. Erstens Fördermittel für Wohnungsbau sind natürlich auch an Umweltfreundlichkeit und Barrierefreiheit zu koppeln. Aber sie sind auch daran zu binden, dass mit ihnen Wohnraum für Personen mit geringem Einkommen geschaffen wird. Diese Bindung des Investors darf zeitlich nicht beschränkt sein. Zweitens die Forderung nach einem „flächendeckenden qualifizierten Mietspiegel“ ist zur Dämpfung der Mietpreisentwicklung nicht ausreichend. Diese Forderung beantwortet nicht, was mit

---

<sup>12</sup> vgl. [http://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl\\_2013/Wahlprogramm](http://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl_2013/Wahlprogramm) (abgerufen am 31.12.12.)

den erheblichen Mietsteigerungen bei Neuvermietungen passiert und sie stellt die Erstellung des Mietspiegels nicht in Frage.

#### b) Umverteilung

Im Wahlprogramm setzt sich die Piratenpartei für die Abschaffung der Sanktionen, d.h. Leistungskürzung und Leistungswegfall unter bestimmten Bedingungen, bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende ein. Das die Piratenpartei für ein bedingungsloses Grundeinkommen stehen, steht ebenfalls im Programm, allerdings ohne zu benennen in welcher Höhe es gewährt werden soll. Die Abschaffung der Sanktionen ist eine richtige und berechtigte Forderung, allerdings gibt es erhebliche weitere Probleme mit der Grundsicherung für Arbeitssuchende und es bleibt im Dunklen, welche konkreten Schritte bis zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens von der Piratenpartei vorgeschlagen werden und wie sie sich zum Beispiel zur Erhöhung des Regelsatzes (des auszuzahlenden Geldbetrages) verhalten.

Leiharbeit wird als „sinnvolles und notwendiges“ Instrument bezeichnet, sie soll „begrenzt“ werden.

Zur Frage Wirtschaft und Finanzen findet sich derzeit noch nichts im Wahlprogramm der Piratenpartei. Da auch im Parteiprogramm keine Aussagen zu finden sind gibt es für die Wähler/innen sich das Problem, dass nicht klar ist wie die Piratenpartei beispielsweise zu Forderungen nach

- einem höheren Spitzensteuersatz
- einer höheren Erbschaftssteuer
- höheren Unternehmenssteuern und einer
- Millionärssteuer

steht. Es bleibt unklar ob die Piratenpartei beispielsweise für die Vergabe öffentlicher Aufträge ein Vergabegesetz möchte, in dem verbindlichen Kriterien wie zum Beispiel die Zahlung von Mindestlöhnen festgeschrieben sind. Es bleibt mithin unklar, wie die Piratenpartei Reichtum umverteilen will.

#### c) Beteiligung an Kriegseinsätzen

Derzeit finden sich noch keine Formulierungen zu Außenpolitik im Wahlprogramm der Piratenpartei. Auch im Parteiprogramm finden sich keine Forderungen oder Positionen zum Thema Außenpolitik.

Wähler/innen wissen somit nicht, wie sich die Piratenpartei zur Frage einer Beteiligung Deutschlands an Kriegen insbesondere zum Einsatz von Bundeswehrsoldaten an Kriegen stellen.

#### d) Eurokrise

Derzeit finden sich noch keine Formulierungen zu Europa im Wahlprogramm der Piratenpartei. Auch im Parteiprogramm finden sich keine Positionen zum Thema Europa.

Auch hier stehen also die Wähler/innen vor dem Dilemma, nicht zu wissen, welche Positionen die Piratenpartei zu Lösung der Eurokrise vorschlägt.

## 2. Zusammenfassung

Auch durch die Piratenpartei ist das Thema Netzpolitik für die im Bundestag vertretenen Parteien relevant geworden. Die Piratenpartei ist aber nicht der alleinige Grund für die Tatsache, dass es sich die im Bundestag vertretenden Parteien nicht mehr leisten können, das Thema zu ignorieren.

Sowohl die Piratenpartei als auch die anderen im Bundestag vertretenden Parteien vertreten vor allem eine Netzpolitik nach enger Definition. DIE LINKE versteht Netzpolitik als Gesellschaftspolitik, mithin Netzpolitik einer weiten Definition.

Die Piratenpartei ist keine linke Partei. Sie behauptet das nicht einmal selber. Das Programm und Wahlprogramm der Piratenpartei weist erhebliche Leerstellen an Punkten auf, die für eine linke Partei aus meiner Sicht konstituierend sind.

Das Thema Netzpolitik wird kein zentrales Thema der Bundestagswahl sein. Die Wähler/innen erwarten von Parteien konkrete Fragen auf konkrete Antworten. Sowohl auf die Frage, welche parteipolitische Konstellation nach der Bundestagswahl regieren soll, als auch auf viele vermutlich zentrale Wahlkampfthemen hat die Piratenpartei keine Antwort.

Insgesamt ist aber davon auszugehen, dass der Wahlkampf spannend aber durchaus kontrovers geführt werden wird. Wie sich DIE LINKE in diesen Wahlkampf einbringen und welche Positionen sie vertreten wird, diesen Part übernimmt Raju Sharma.